

Auszug aus dem Beschlussprotokoll 37. Ratssitzung vom 30. Januar 2019

877. 2018/449
Postulat von Marion Schmid (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 21.11.2018:
Vorlage eines Berichts über die finanziellen Auswirkungen im Zusammenhang
mit der angestrebten Verlagerung von der stationären Altersversorgung hin
zum Wohnen zu Hause

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marion Schmid (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 598/2018).

Corina Ursprung (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 5. Dezember 2018 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat zusammen mit der Überarbeitung der Altersstrategie einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt, wie sich die angekündigte Verlagerung (vom stationären Bereich hin zu vom Leben zu Hause unterstützt mit Spitex-Leistungen) auf die Finanzierung der Unterstützung (Pflege, Betreuung, Hauswirtschaft und Ähnliches) auswirkt. Dabei sind die finanziellen Auswirkungen sowohl aus der Perspektive der Leistungsbezüger*innen als auch aus der Perspektive der öffentlichen Hand und der Versicherungen als Kostenträger zu beleuchten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie gross wird der Anteil der älteren Bevölkerung geschätzt, die bei einem Ausbau der ambulanten Versorgung zusätzlich zu Hause leben könnte? Wie viele stationäre Plätze könnten aufgrund reduzierter Nachfrage abgebaut werden? und ~~w~~Welcher Mehraufwand würde dies bei den Spitex-Leistungen und anderen Dienstleistungen ergeben? Welchen Minderaufwand im stationären Bereich.
- Welche zusätzlichen Anforderungen stellt eine solche Verlagerung an spezifische Angebote (z.B. geriatrische Rehabilitation, Akut- und Übergangspflege, ambulante psychiatrische Betreuung ...) und wie kann deren Finanzierung für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden?
- Welche Auswirkungen hätte diese Verlagerung auf die einzelnen Kostenträger (Leistungsbezüger*innen, öffentlichen Hand, Versicherungen)?
- Welche Auswirkungen hätte diese Verlagerung auf die Stadtkasse, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Zusatz- und Ergänzungsleistungen?
- Wie wird gewährleistet, dass diese Verlagerung nicht zu Lasten der Angehörigen (durch Pflege und Betreuungsaufgaben sowie finanzielle Unterstützung) oder der Leistungsbezüger*innen geht?
- Wie wird gewährleistet, dass alle Bevölkerungsschichten die notwendige Unterstützung zu Hause finanzieren können und nicht aus finanziellen Gründen von Leistungen ausgeschlossen bleiben oder gegen ihren Willen in eine Langzeitinstitution eintreten müssen?

2 / 2

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Marion Schmid (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat